

Niederschrift

über die Sitzung des Schul- und Sozialausschusses



Sitzungs-Nr.: **Schul/002/09-14**
Sitzungs-Tag: **17.06.2010**
Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 4a, Sitzungssaal
"Alte Waage"**

Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**
Ende der Sitzung: **20:00 Uhr**

Vorsitzender:

Oeynhausens, Uwe

CDU:

Fischer, Bernhard

Krömeke, Johannes

Menke, Hartwig

Muhr, Adolf

Steinhage, Hermann

Vertretung für Ratsfrau Ursula Grewe

SPD:

Beineke, Elisabeth

Dauber, Theresia

UWG/CWG:

Tobisch, Johannes

Volkhausen, Erwin

Liste Zukunft:

Olbrich, Udo

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Schulte, Meinolf

FDP:

Schwarz, Werner Dr.

Vertretung für Ratsherrn Manfred Hartmann

Als Gäste nehmen teil:

Jesgarsz, Nicole, Offene Ganztagschule

Karsten, Martina, Rektorin Annenschule –
Grundschulverbund Brakel-Hembsen-

Kleine-Wilde, Christa, Rektorin Kath. Grund-
schule Brakel -Grundschulverbund Brakel-
Gehrdens-

Mellwig, Hedwig Geschäftsführerin Kreis-

Caritasverband
Schoppmeier, Martin, ARGE Höxter
Werner, Ingrid, Offene Ganztagsgrundschule

Beratende Mitglieder:

Düpre, Annette
Hüsken, Andre
Rauchmann, Dieter

Von der Behördenleitung nehmen teil:

Frischemeier, Peter
Temme, Hermann

Von der Verwaltung nehmen teil:

Heger, Josef
Riepe, Reinhard
Roland, Ingrid
Schröder, Rudolf
Wächter, Winfried

Tagesordnung		Drucksache Nr.
Öffentliche Sitzung		
1. Einführung und Verpflichtung der Vertreter der Kirchen im Schul- und Sozialausschuss		064/2009 -2014
Berichterstatter: StOAR Schröder		
2. Berichterstattung eines Vertreters der ARGE Höxter über Leistungen nach dem SGB II (mündlicher Vortrag)		
Berichterstatter: Herr Schoppmeier, ARGE Höxter		
3. Vorstellung des Ferienprogramms der Stadt Brakel (mündlicher Vortrag)		
Berichterstatter: StAR Riepe		
4. Sachstandsbericht zur Einrichtung eines Jugendbüros (mündlicher Vortrag)		
Berichterstatter: Frau Roland		
5. Beratung und Beschlussfassung zur Erhaltung oder Schließung der Kindertageseinrichtung Istrup		122/2009 -2014
Berichterstatter: StOAR Schröder		
6. Beratung und Beschlussfassung über eine Erweiterung der offenen Ganztagschule der Grundschulen Brakel		123/2009 -2014
Berichterstatter: StOAR Schröder		
7. Bekanntgaben der Verwaltung		

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse, die Gäste sowie die Sitzungsteilnehmer.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend stellt er die **Beschlussfähigkeit** fest.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

Öffentliche Sitzung

1. Einführung und Verpflichtung der Vertreter der Kirchen im Schul- und Sozialausschuss

Berichterstatter: StOAR Schröder

064/2009
-2014

Der **Vorsitzende** trägt vor, dass gem. Ratsbeschluss vom 04.02.2010 u.a. die Pfarrerin Annette Düpreé und als Vertreter Herr Dieter Rauchmann (evangelische Kirche) als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Schul- und Sozialausschuss berufen sind.

Nach dem der Vorsitzende die Verpflichtungsformel vorgelesen hat, unterzeichnen **Pfarrerin Annette Düpreé und Herr Rauchmann** die Verpflichtung.

2. Berichterstattung eines Vertreters der ARGE Höxter über Leistungen nach dem SGB II (mündlicher Vortrag)

Berichterstatter: Herr Schoppmeier, ARGE Höxter

Der Geschäftsführer der ARGE Höxter, **Herr Schoppmeier** gibt einen Informationsbericht über die Arbeit der ARGE Höxter sowie allgemeine Informationen über Leistungen nach dem SGB II. Er beantwortet allgemeine Verständnisfragen zum Thema. Die Ausführungen werden dem Protokoll als Anlage beigefügt bzw. nachgereicht.

3. Vorstellung des Ferienprogramms der Stadt Brakel (mündlicher Vortrag)

Berichterstatter: StAR Riepe

StAR **Riepe** stellt das Ferien- und Gästeprogramm der Stadt Brakel für 2010 vor. Er berichtet über die vielen angebotenen Veranstaltungen in den Sommerferien. Das nunmehr schon seit 30 Jahren angebotene Ferien- und Gästeprogramm erfreut sich großer Beliebtheit und wird gerne angenommen. Das 72seitige Programm umfasst 168 Veranstaltungen. Im Haushalt 2010 stehen entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung.

Dabei belaufen sich die Einnahmen auf ca. 23.500 € sowie die Ausgaben auf ca. 30.000 €. Am 29. Juni 2010 werden die Anmeldungen entgegengenom-

men. Besonderer Dank gilt den zahlreichen Vereinen, Sponsoren, Inserenten und Presse/Medienvertretern, die zum Gelingen des Programms beigetragen haben. Allgemeine Fragen zum Programm werden beantwortet.

4. Sachstandsbericht zur Einrichtung eines Jugendbüros (mündlicher Vortrag)

Berichterstatter: Frau Roland

Frau **Roland** berichtet über den Sachstand zur Einrichtung eines Jugendbüros. Sie stellt zunächst den Leitgedanken des Jugendbüros vor, das vornehmlich Servicestelle und Sprachrohr für die Jugend sein soll. Es soll Jugendliche in Brakel unterstützen und das Interesse an Politik fördern und stärken sowie Einblicke in politische Prozesse und Abläufe geben. In der Jugendfreizeitstätte werden gesonderte Sprechzeiten für das Jugendbüro angeboten. Mitglieder des Jugendbüros sollen jeweils 2 Vertreter aus den Schülervvertretungen jeder weiterführenden Schule in Brakel sein. Der Aufgabenbereich des Jugendbüros erstreckt sich u.a. auf die Koordination örtlicher Angebote für Kinder und Jugendliche, Mitarbeit bei Jugendproblemen, Ausbau bestehender Freizeitangebote, Information über kommunalpolitische Angelegenheiten. Das Jugendbüro soll Vertreter der Interessen aller Jugendlichen gegenüber der Öffentlichkeit und politischer Entscheidungsträger sein. Der Ablaufplan sieht vor, dass die Schulen nach den Sommerferien angeschrieben werden zwecks Benennung von 2 Mitgliedern für das Jugendbüro. Anfang Oktober 2010 ist das „Gründungstreffen“ zur Aufstellung einer Geschäftsordnung geplant. Die Bereitstellung von zukünftigen Haushaltsmitteln für das Jugendbüro wäre wünschenswert und könnte über die Mittelverwaltung der Jugendfreizeitstätte abgewickelt werden. Sie bittet den Ausschuss, die Form des Jugendbüros mitzutragen und ein beratendes Mitglied des Jugendbüros in diesem Ausschuss zu jugendspezifischen Angelegenheiten zu installieren.

Der **Ausschussvorsitzende** bedankt sich bei Frau Roland für die bisher geleistete Arbeit und signalisiert die Unterstützung des Ausschusses zum Projekt. Er betont, dass jederzeit die aktive Mitarbeit des Ausschusses bei der Einrichtung des Jugendbüros begrüßt wird. Es sei wichtig, sich dem Thema ernsthaft und nachhaltig zu widmen.

Auf Anfrage teilt Bürgermeister **Temme** mit, dass die Gemeindeordnung NRW die Installierung eines beratenden Mitgliedes zulässt und hiergegen keine Bedenken bestehen.

Beschluss:

Es wird **einstimmig** beschlossen, das Projekt „Jugendbüro“ in der vorgestellten Form zu unterstützen und ein beratendes Mitglied aus dem Jugendbüro im Schul- und Sozialausschuss zu jugendspezifischen Angelegenheiten zu installieren.

StOAR **Schröder** informiert über die Entwicklung der städt. Kindertageseinrichtung "Zwergenparadies" Istrup in den nächsten Kindergartenjahren und deren finanzielle Auswirkungen nach dem Kinderbildungsgesetz. Er trägt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschluss bzw. alternativen Beschluss vor.

Ratsherr **Fischer** plädiert für die Fortführung der städt. Kindertageseinrichtung "Zwergenparadies" Istrup. Die Stadt solle sich hier familienfreundlich zeigen und gerade jungen Familien eine ortsnahe Betreuung ihrer Kinder anbieten. Eine gute pädagogische Betreuung der Kinder vor Ort sei ein wichtiges Instrument als Gegensteuerung zur demographischen Entwicklung in den Stadtbezirken. Der über den gesetzlichen Trägeranteil hinaus aufzubringende finanzielle Mehraufwand ist in Relation zu den nicht unerheblichen zu erwartenden Beförderungskosten zu sehen. Es müsse nachhaltig eine Priorität zur Förderung von jungen Familien in den Stadtbezirken gesetzt werden.

Ratfrau **Dauber** schließt sich den Ausführungen an und befürwortet eine Weiterführung der städt. Kindertageseinrichtung "Zwergenparadies" Istrup. Sie ersucht jedoch die Verwaltung, vor einer eventuellen Schließung die Übernahme der Trägerschaft von städt. Kindertageseinrichtungen durch freie Träger auszuloten und mit diesen in Kontakt zu treten.

Ratsherr **Olbrich** stimmt den Argumenten zur Fortführung der städt. Kindertageseinrichtung "Zwergenparadies" Istrup zu und unterstreicht noch einmal die Schwierigkeiten bei der Beförderung der Kinder zu anderen Kindertageseinrichtungen. Diese würden dann eventuell in benachbarten Orten anderer Städte betreut, was sich wiederum auch auf die spätere Beschulung der Kinder auswirke. Die sozialen Aspekte sollten in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

Ratherr **Tobisch** befürwortet die Weiterführung der städt. Kindertageseinrichtung "Zwergenparadies" Istrup und schließt sich den Ausführungen an.

Ratherr **Schulte** ergänzt, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen von unter 3jährigen Kindern in Zukunft steigen könnte und eine ortsnahe Betreuung vorgehalten werden sollte. Er stimmt der Fortführung der städt. Kindertageseinrichtung "Zwergenparadies" Istrup zu.

Der **Vorsitzende** lässt anschließend über folgenden Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

Der Schul- und Sozialausschuss schlägt dem Rat der Stadt Brakel **einstimmig** folgenden Beschluss vor:

Die Städt. Kindertageseinrichtung "Zwergenparadies" Istrup wird in den Kindergartenjahren 2011/2012 und 2012/2013 fortgeführt unter der Be-

stimmung, dass eine Finanzierung der Kindertageseinrichtung Istrup, d.h.: ein Defizit ausgleich bzw. ein aufzuwendender höherer Eigenanteil (Trägeranteil) für die Kindertageseinrichtung Istrup, aus eventuellen Überschüssen anderer städtischer Kindertageseinrichtungen finanziert wird. Zeigt sich nach der jeweiligen Anmeldefrist (15.01. eines Jahres), dass die Kinderzahl **deutlich** hinter den Erwartungen zurückbleibt, ist über die Angelegenheit neu zu beraten.

6. Beratung und Beschlussfassung über eine Erweiterung der offenen Ganztagschule der Grundschulen Brakel

123/2009
-2014

Berichterstatter: StOAR Schröder

StOAR **Schröder** berichtet über die Entwicklung und Finanzierung der offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGS) in den letzten Schuljahren. Die vermehrte Nachfrage nach Betreuungsplätzen für das kommende Schuljahr habe eine Beratung und Entscheidung der Angelegenheit notwendig gemacht. Trotz der demographischen Entwicklung in der Schullandschaft steige die Nachfrage der Eltern an einer Betreuung der Kinder in der OGS. Viele Eltern bzw. Erziehungsberechtigte seien aus familiären Gründen auf eine Betreuung der Kinder angewiesen. Da es sich jedoch um ein freiwilliges Betreuungsangebot handele, sind die begrenzten Betreuungsplätze sehr begehrt. Es stellt sich die Frage, ob das Angebot von bisher 50 Betreuungsplätzen auf 75 Betreuungsplätze erhöht werden soll. Hier seien dann zunächst räumliche Kapazitäten zu schaffen.

Frau **Mellwig** erläutert, dass es im weitesten Sinne keine Gruppengrößen gibt, das LWL aber aus pädagogischen Gründen eine Anzahl von 25 zu betreuenden Kindern in einer Gruppe für sinnvoll und machbar hält. Daher kommt der Begriff „3 Gruppen mit insgesamt 75 Kindern“ zu Stande.

Ratsherr **Fischer** führt aus, dass die Argumentation für die Kindertageseinrichtung Istrup auch entsprechend für die OGS gilt. Er spricht sich für eine eventuelle Erweiterung des Betreuungsangebotes aus und stellt die Frage nach möglichen Kosten der Erweiterung.

StOAR **Schröder** weist zunächst auf die vor der Sitzung stattgefundenene Begehung des Grundschulgebäudes hin, bei der ausführliche Informationen über den Betrieb der OGS und räumlichen Situation des Grundschulgebäudes gegeben wurden. Dazu haben die Leiterin der OGS, Frau Werner, einen Bericht zum Betreuungsangebot OGS sowie die Schulleiterinnen der Grundschulen Brakel, Frau Kleine-Wilde und Frau Karsten, zu den Räumlichkeiten eine Stellungnahme gegeben. Es sei deutlich geworden, dass eine Inanspruchnahme weiterer Klassenräume für das Betreuungsangebot OGS nach dem Raumkonzept der Grundschulen z.Z. nicht gegeben sei und man andere Möglichkeiten in Erwägung ziehen müsse. Eine Erweiterung in massiver Bauweise sollte jedoch nicht in Betracht gezogen werden, da sich auf Grund der demographischen Entwicklung der räumliche Engpass nur vorübergehend darstellt. Eine weitere Möglichkeit der Erweiterung wäre die Aufstellung/Anmietung von Pavillonklassen (2 Betreuungsräume) auf dem Gelände der Grundschulen.

Ratsherr **Obrich** spricht sich für ein positives Signal an die Eltern schulpflichtiger Grundschulkinder aus und befürwortet eine Erweiterung der Räumlichkeiten der OGS.

Bürgermeister **Temme** fügt hinzu, dass die räumliche Erweiterung der OGS durch Anmietung von Pavillonklassen angedacht sei.

Ratsherr **Krömeke** spricht sich ebenfalls für die Lösung der Anmietung von Pavillonklassen aus und schlägt vor, die Finanzierung dem Rat der Stadt Brakel vorzutragen.

Ratsherr **Menke** fragt an, ob es nicht möglich sei, die räumlichen Probleme durch Nutzung der Räumlichkeit der Grundschule in Gehrden zu kompensieren.

Frau **Kleine Wilde** führt aus, dass allein schon die große Entfernung nach Gehrden beim Einsatz des pädagogischen Personals erhebliche Probleme mit sich bringen würde. Eine zielgerechte und gute pädagogische Beschulung der Kinder wäre nicht mehr gewährleistet.

Herr **Wächter** ergänzt, dass eine derartige Dependancelösung von der Bezirksregierung Detmold wohl nicht genehmigt werden würde.

Der **Vorsitzende** betont, dass auch eine enge räumliche Kommunikationsstruktur der Schule im Zusammenhang mit der pädagogischen Arbeit der Schule zu sehen sei und diese nicht auseinander zu dividieren sei.

Ratsherr **Schulte** fragt nach den baulichen und personellen Mehrkosten der Pavillonklassen.

Frau **Mellwig** erläutert, dass auf Grund von mehr zu betreuenden Kindern auch entsprechend mehr Personal vorgehalten werden müsse. Diese personellen Mehrkosten könnten weitestgehend durch mehr Landesmittel und Elternbeiträgen kompensiert werden.

StOAR **Schröder** stellt eine vorläufige Kostenkalkulation für die Anmietung von Pavillonklassen (2 Betreuungsräume) vor. Die Kosten für die Bauarbeiten (Fundamente, Ver- und Entsorgungsleitungen, Zuwegung usw.) sowie Transport- und Montagekosten würden sich auf ca. 30.000 € belaufen. Für die Kosten der Anmietung der Pavillonklassen müssten ca. 21.000 € pro Jahr sowie Betriebs- und Bewirtschaftungskosten, Versicherung ca. 13.000 € pro Jahr veranschlagt werden. Eine Anmietung der Pavillonklassen ist auf 5 Jahre vorgesehen. Für das Haushaltsjahr 2010 müssten überplanmäßig bis zu ca. 50.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Der **Vorsitzende** lässt anschließend über einen Beschlussvorschlag zur Erweiterung der OGS abstimmen:

Beschluss:

Der Schul- und Sozialausschuss schlägt dem Rat der Stadt Brakel **ein- stimmig** vor:

Die Offene Ganztagschule der Grundschulen Brakel wird um eine 3. Gruppe (bis zu 75 Kinder) zum Schuljahr 2010/2011 erweitert. Da hierfür die räumlichen Voraussetzungen derzeit nicht gegeben sind, ist zur Deckung des Raumbedarfs eine Erweiterung in Form der Anmietung und Aufstellung von Schulpavillons für 2 Unterrichts- bzw. Betreuungsräume erforderlich. Die hierfür notwendigen Mittel sowie Mehrkosten für Personal- und Sachaufwendungen für das Haushaltsjahr 2010 in Höhe von ca. 50.000 € werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

7. Bekanntgaben der Verwaltung

StOAR **Schröder** berichtet über das am 12.06.2010 durchgeführte Team-sport-Event zur Integration der Ordnungspartnerschaft, bei dem die Reso-nanz bei den teilnehmenden Jugendlichen erfreulich groß war. Bei den El-tern, die ebenfalls eingeladen waren, war die Resonanz jedoch nicht groß.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt der Vorsitzende die Sit-zung.

gez. Uwe Oeynhausen

Uwe Oeynhausen
(Vorsitzender)

gez. Josef Heger

Josef Heger
(Schriftführer)